https://www.n-tv.de/politik/Verbrenner-Aus-verschwindet-von-EU-Tagesordnung-article24005129.html 22.3.2023

Keine Beratung auf EU-Gipfel Verbrenner-Aus verschwindet von EU-Tagesordnung

Mit seiner Blockadehaltung gegen das Ende der Verbrenner-Motoren setzt sich Bundesverkehrsminister Wissing in der EU durch. Da er einen Kompromiss der Kommission zu E-Fuels ablehnt, wird das Thema beim Gipfeltreffen der europäischen Staats- und Regierungschefs gar nicht erst besprochen.

Der Streit um das Verbrenner-Aus wird über den EU-Gipfel am Ende der Woche hinaus ausgetragen. Das Thema stehe nicht auf der Tagesordnung der Staats- und Regierungschefs am Donnerstag und Freitag, sagten übereinstimmend deutsche Regierungs- und EU-Kommissionsvertreter.

Damit hat das Kompromiss-Angebot der Kommission an Bundesverkehrsminister Volker Wissing bislang keinen Erfolg gehabt. Angeregt wurde darin eine eigene Fahrzeugkategorie für Verbrenner, die ausschließlich mit synthetischen Kraftstoffen, sogenannten E-Fuels, betrieben werden könnten. ……

In Brüssel sorgt das deutsche Vorgehen für erhebliche Verärgerung. Auch Unternehmen warnen vor einem Präzedenzfall im politischen Prozess, der die EU dauerhaft blockieren könnte. ……

Regierungskreisen zufolge lehnt Wissing den Kommissions-Vorschlag nicht komplett ab, will aber Änderungen. Als Knackpunkt gilt, dass E-Fuel-Fahrzeuge der Kommission zufolge technisch so konstruiert sein müssen, dass sie andere Treibstoffe sofort erkennen und dann abschalten. Ein Mischbetrieb soll so ausgeschlossen werden. …….

https://pressefreiheit.rtde.live/wirtschaft/150363-krisen-und-insolvenzticker/ 23.3.2023

Krisen- und Insolvenzticker: Wirtschaftsweise - "Inflation verhindert Aufschwung"

Die deutsche Wirtschaft hat die befürchtete Rezession nach einer Prognose der sogenannten Wirtschaftsweisen vorerst abgewendet. Das berichtet das rnd am Mittwoch. Aufgrund der "stabilisierten Energieversorgung" habe sich der Ausblick "leicht aufgehellt". Die wirtschaftliche Gesamtlage bleibe aber angespannt.

Monika Schnitzer, Vorsitzende des Sachverständigenrates, betonte:

"Der inflationsbedingte Kaufkraftverlust, die schlechteren Finanzierungsbedingungen und die sich nur langsam erholende Auslandsnachfrage verhindern einen stärkeren Aufschwung in diesem und im kommenden Jahr"

Eine weniger verheerende Teuerungsrate bei den Verbraucherpreisen ist nach Ansicht des Gremiums erst im kommenden Jahr zu erwarten. Grund dafür ist, dass steigende Löhne und hohe Erzeugerpreise die Teuerung vorerst stützen dürften. Die Lohn-Preisspirale ist in vollem Gange.

https://pressefreiheit.rtde.live/wirtschaft/150363-krisen-und-insolvenzticker/ 21.3.2023

Energieversorgung: Zwei Drittel der Deutschen glauben nicht an Bundesregierung

Nur etwa ein Drittel der Bundesbürger glaubt laut sogenanntem "Trendbarometer" von RTL/ntv, dass die Bundesregierung ein durchdachtes Konzept zur Sicherung der Energieversorgung hat.

Dagegen denken 62 Prozent der Befragten nicht, dass die Versorgung angesichts der fehlenden russischen Gaslieferungen dauerhaft gesichert werden kann. Dass die Bundesregierung solche Konzepte hat, denken mehrheitlich die Anhänger der SPD (54 Prozent) und die der Grünen (56 Prozent). Eine Mehrheit der FDP-Anhänger (67 Prozent) wie auch mehrheitlich die Anhänger der Oppositionsparteien CDU/CSU (69 Prozent)

und AfD (89 Prozent) glauben, dass es der Bundesregierung an Konzepten für eine dauerhafte Sicherung der Energieversorgung fehlt.

https://www.welt.de/wirtschaft/article244417692/Energiekrise-Grundversorger-erhalten-voraussichtlich-rund-drei-Milliarden-Euro.html
22.3.2023

Energie-Grundversorger erhalten vom Staat voraussichtlich mehr als drei Milliarden Euro

Die Preisbremsen für Gas und Strom führen laut einem Bericht zu Zuwendungen für Energie-Unternehmen in Milliardenhöhe. Der stellvertretende CDU-Parteichef warnt: Sollten sich „schwarze Schafe eine goldene Nase verdienen, ist das ein Fall fürs Kartellamt".

Wegen der Preisbremsen bei Strom und Gas bekommen Energie-Unternehmen in Deutschland einem Bericht zufolge in diesem Jahr voraussichtlich 3,3 Milliarden Euro.

Dies seien Prognosen des Vergleichsportals Verivox und des Verbraucherzentrale Bundesverbands, berichtete die „Bild"-Zeitung (Mittwochsausgabe).

Der durchschnittliche Stromtarif liegt derzeit den Angaben zufolge bei 44,4 Cent je Kilowattstunde, bei Gas sind es 16,1 Cent. Der Staat schieße pro Haushalt im Durchschnitt bisher 457 Euro für Gas und 109 Euro für Strom dazu, berichtete die Zeitung unter Berufung auf Verivox. ……..

„3,3 Milliarden Euro sind für den Staat verdammt viel Geld", sagte Thomas Engelke vom Verbraucherzentrale Bundesverband. „Wir erwarten vom Bundeskartellamt, dass Anbieter überprüft und Missbräuche verboten werden." Es müsse verhindert werden, dass Unternehmen zusätzliche Gewinne machten. „Die Unternehmen sind hier in der Pflicht, das gegenüber dem Bundeskartellamt nachzuweisen."

https://www.welt.de/wirtschaft/article244402238/EuGH-Urteil-im-Dieselskandal-Kaeufer-koennen-jetzt-Schadenersatz-fordern.html
21.3.2023

Urteil zu illegalen Abschalteinrichtungen – Diesel-Käufer können jetzt Schadenersatz fordern

Wer ein Auto mit einer unzulässigen Abschalteinrichtung gekauft hat, der kann Schadenersatz fordern. Das entschied der Europäische Gerichtshof. Die Autobauer haften auch, wenn sie nur fahrlässig gehandelt haben. Es ging in dem Verfahren um eine Klage gegen Mercedes-Benz.

Autokäufer können gegenüber dem Hersteller einen Anspruch auf Schadenersatz haben, wenn ihnen wegen einer im Fahrzeug verbauten unzulässigen Abschalteinrichtung ein Schaden entstanden ist. Das EU-Recht schütze die Interessen des einzelnen Käufers, antwortete der Europäische Gerichtshof (EuGH) in Luxemburg am Dienstag auf Fragen des Landgerichts Ravensburg. Dieses muss über eine Klage gegen Mercedes-Benz wegen eines Thermofensters entscheiden. (Az. C-100/21)
……

Mit Thermofenstern, einer in vielen Modellen verschiedener Hersteller verwendeten Technik, wird die Abgasreinigung in Dieselfahrzeugen abhängig von der Außentemperatur gesteuert. Der EuGH entschied bereits in einem früheren Urteil, dass es sich beim Thermofenster um eine unzulässige Abschalteinrichtung handle. ……

https://uncutnews.ch/deutsche-bank-und-wef-sehen-das-ende-des-bargelds-voraus-cbdcs-seien-unvermeidlich/ 22.3.2023

Deutsche Bank und WEF sehen das Ende des Bargelds voraus – CBDCs seien „unvermeidlich".

Marion Laboure, Makrostrategin der Deutschen Bank, hat einen Beitrag für die Website des Weltwirtschaftsforums (WEF) verfasst, der sich auf einige der beliebtesten Themen der in der Schweiz ansässigen informellen

Gruppe (und der Politik) konzentriert: CBDCs und der endgültige Untergang des Bargelds.

Laboure hebt Schweden, Brasilien und China als die Länder hervor, die besondere Fortschritte bei der Entwicklung digitalisierter Versionen von Zentralbankwährungen (CBDCs) gemacht haben – ein zentralisiertes Modell, das von Regierungen und Wirtschaftseliten bevorzugt wird und nicht mit dezentralisierten Kryptowährungen zu verwechseln ist…….

Das Tempo, mit dem sich die Regierungen in Richtung CBDCs bewegen, ist entweder alarmierend oder beeindruckend, je nachdem, wie man den Trend betrachtet: Der Artikel erwähnt, dass 90 % der Zentralbanken auf der ganzen Welt jetzt dabei sind, einen CBDC zu schaffen und/oder zu testen, während sich diese Zahl in nur einem Jahr verdoppelt hat. …….

Hohe Zinssätze wirken sich ebenfalls auf einen geringeren Bargeldumlauf aus, schreibt Laboure. Aber jetzt führen geopolitische Bewegungen und Entscheidungen zu einer hohen Inflation, was tendenziell den gegenteiligen Effekt hat.

Es gibt also nicht nur gute Nachrichten für die „Bargeld-Krieger": „Trotz des Trends zur bargeldlosen Gesellschaft und der Entwicklung der CBDCs", warnt der Bankbeamte, „ist das Ende des Bargelds noch lange nicht in Sicht und wird noch einige Zeit als Wertaufbewahrungs- und Zahlungsmittel verwendet werden."

In der Zwischenzeit bleiben Bargeld und dezentralisierte Kryptowährungen die einzige Möglichkeit für die Menschen, die volle Kontrolle über ihr Vermögen zu haben und ihre Privatsphäre zu wahren.

https://reclaimthenet.org/deutsche-bank-and-wef-look-towards-the-end-of-cash 16.3.2023

https://www.kettner-edelmetalle.de/news 23.3.2023

US-Aktienmärkte im Abverkauf: Finanzministerin lehnt Rettung von Anlegern bei künftigen Bankenpleiten ab!

Die wichtigsten amerikanischen Aktienmärkte schlossen in der Nacht mit einem deutlichen Minus. Die Anleger reagierten damit nach Meinung von Beobachtern auf einen Auftritt von US-Finanzministerin Janet Yellen vor dem Kongress. Sie hatte zeitgleich zur Verkündung des aktuellen Zinsentscheids der Notenbank Fed (+ 0,25 Prozent) die Rettung von Anlegern bei weiteren Bankruns ausgeschlossen.

Yellen gestand: „Situationen, wie der Run auf die Silicon Valley Bank, können in Zukunft öfter vorkommen." Fed-Chef Jerome Powell äußerte sich zur Zinsentscheidung zurückhaltend und ohne Hinweise auf künftige Beschlüsse.

Die Märkte hatten nach Meinung von Finanzexperten die 0,25 Prozent-Erhöhung der Zinsen und eine Garantie für die Einlagen bei Banken durch die Regierung eingepreist. Das Nein von Yellen quittierten sie mit einem massiven Abverkauf. Der Dow Jones schloss mit -1,63 und der S&P 500 mit -1,65 Prozent.

https://www.kettner-edelmetalle.de/news

Flugreise oder Steak? Mehrheit der Deutschen für CO^2-Budget – weil sie die Folgen nicht kennen, warnt ein Psychologe

59 Prozent der Deutschen sagen Ja zu einem begrenzten CO^2-Budget für Einzelpersonen. Das ergab eine Umfrage der Europäischen Investitionsbank (EIB). Die Marktforscher von BVA hatten im im August 2022 in 30 europäischen Ländern mehr als 28.000 Menschen ab 15 Jahren befragt. Danach stimmten bei den unter 30-jährigen Deutschen sogar 69 Prozent zu.

Beim CO^2-Budget soll jede Privatperson eine bestimmte Menge an Emissionsrechten für Dinge erhalten, die Kohlendioxid verursachen. Dies könnte dann so aussehen: Hat man sein „Guthaben" verbraucht, kann man beispielsweise keine Flugreise mehr buchen oder kein Fleisch mehr kaufen.

Die Mehrheit scheint auch ein härteres Eingreifen des Staates zu fordern: 59 Prozent der Deutschen wollen „strengere staatliche Maßnahmen", um „eine Änderung des Verhaltens der Menschen zu erzwingen". Auch hier sind die Jüngeren mit 72 Prozent Befürwortung ganz vorne.

EIB-Vize Ambroise Fayolle zufolge zeige die Umfrage, dass die Deutschen bereit seien, durch ihr Verhalten zum Klimaschutz beizutragen.

Der Wirtschaftspsychologe Frank Quiring mahnte gegenüber der „Welt", diese Aussagen mit Vorsicht zu genießen: Wenn man Menschen auf konkrete Einschnitte anspreche, die aus der Regulierung folgen würden, sei die Bereitschaft gering. „Die Leute wollen einerseits das komplexe Thema Klimaschutz an Wirtschaft und Politik delegieren. Andererseits wollen sie dennoch frei reisen und konsumieren", so Quiring. Er erwarte heftigen Widerstand, sollte es zu einem solchen CO^2-Budget kommen.

https://www.versicherungsjournal.de/karriere-und-mitarbeiter/versicherungs-angestellte-waren-2022-so-viele-tage-krank-wie-lange-nicht-mehr-147323.php 21.3.2023

Versicherungs-Angestellte waren 2022 so viele Tage krank wie lange nicht mehr

Im vergangenen Jahr waren Innendienstmitarbeiter in der Versicherungswirtschaft nach AGV-Angaben im Schnitt über 17 Tage krank. Die Fehlzeitenquote lag bei 6,8 Prozent. Beide Werte stiegen auf Höchststände jeweils kräftig an. Die gleiche Entwicklung ist auch in der Gesamtwirtschaft zu beobachten.

Im vergangenen Jahr ist der Krankenstand im Versicherungs-Innendienst kräftig angestiegen. Das geht aus jetzt vom Arbeitgeberverband der Versicherungs-Unternehmen in Deutschland e.V. (AGV) veröffentlichten Daten der Fehlzeitenerhebung für 2022 hervor.

Rekord-Krankenstand

Demnach fehlte ein Assekuranz-Beschäftigter (inklusive Langzeiterkrankte) im Schnitt 17,2 Tage. Das sind 4,4 Tage mehr als im Jahr zuvor (VersicherungsJournal 9.3.2022) – und entspricht dem mit Abstand höchsten Wert in den zurückliegenden 16 Jahren. Der vorherige Rekordwert lag bei 15,9 Tagen (26.3.2019). Der niedrigste Wert wurde 2007 mit 11,6 Tagen verzeichnet. ……..

https://www.krone.at/2961211 22.3.2023

Chaos in Wien: Aktivisten legen Ringstraße lahm

Auch am Mittwoch führt die Letzte Generation AT wieder zu Unruhen im Wiener Straßenverkehr. Für Chaos sorgen die Aktivisten diesmal am Stubenring vor dem Gesundheitsministerium. Zuerst spazierten die Demonstranten den Ring entlang, dann klebten sie sich wieder am Asphalt fest.

Nachdem die Klimakleber bereits am Montag Straßen in Tirol, Kärnten, Wien und am Dienstag in Linz lahmgelegt hatten, schlägt die Letzte Generation AT am Mittwoch erneut zu. Und zwar in Wien auf der Ringstraße. da die Klimakrise auch die Gesundheit der Menschen in Österreich bedrohe, platzierten sich die Klimakleber vor dem Gesundheitsministerium. .....

Aktion von Ärzten und Ärztinnen unterstützt
Man wolle nicht hinnehmen, dass von der Politik dringend nötige Maßnahmen wie das Klimaschutzgesetz weiter verschleppt würden, so die Letzte Generation AT. Unterstützt und begleitet wurde die Aktion von Ärzten und Ärztinnen, die sich hinter die Proteste stellten. Die Klimaaktivisten forderten neuerlich ein Verbot neuer Öl- und Gasbohrungen und niedrigere Tempolimits auf der Autobahn.